

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Bernd Neumann
(Bremen), Renate Blank, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/7505 –**

Zukunft des Deutschen Centrums für Photographie in Berlin

Vorbemerkung der Fragesteller

Photographie ist ein Medium des 20. Jahrhunderts, das das kollektive Gedächtnis geprägt hat wie kaum ein anderes. Anders als in Frankreich, in den USA oder in den Niederlanden, gibt es in Deutschland keine Institution, die sich der Erforschung und wissenschaftlichen Erschließung der Photographie in Deutschland widmet. Seit drei Jahren verfolgt die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) das Vorhaben, in Berlin ein Deutsches Centrum für Photographie (DCP) zu errichten, das diese Aufgabe wahrnehmen könnte und damit der in jüngster Zeit auch auf dem Kunstmarkt bedeutend gewordenen Kunstsparte gerecht zu werden. Bei seiner letzten Sitzung hat der Stiftungsrat keine (zusätzlichen) Mittel für das Projekt DCP zur Verfügung gestellt und damit den Plan eines Instituts mit internationaler Ausstrahlung nicht verwirklicht.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Der Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz wurde erstmals Mitte 1998 durch den Präsidenten der Stiftung und den Generaldirektor der Staatlichen Museen über Vorstellungen zur Errichtung eines Museums für Photographie der Staatlichen Museen im östlichen Stülerbau in Berlin-Charlottenburg in Kenntnis gesetzt.

Als Ergebnis der Erörterungen des Stiftungsrates wurden anschließend die Realisierungsmöglichkeiten eingehender geprüft sowie das Inhaltskonzept unter Einbeziehung von weiteren Fragen, wie der Behandlung der in den Einrichtungen der Stiftung vorhandenen Photobestände und der Schwerpunktausrichtung für die Zukunft des DCP, erarbeitet und zwar unter Beteiligung einer aus deutschen und internationalen Sachverständigen bestehenden Kommission. Die sich daraus ergebenden detaillierteren Vorschläge wurden vom Stiftungsrat Mitte 1999 beraten. Dieser ermächtigte den Präsidenten, für eine zunächst zweijährige Projektphase einen externen Projektleiter mit der Ausarbeitung eines Detailkon-

zepts zu beauftragen, das auch den Personal-, Sach- und Investitionsmittelbedarf darstellen sollte.

Die Ergebnisse der Projektphase („Konzept für ein Deutsches Centrum für Photographie“) mit Vorschlägen des Präsidenten der Stiftung wurden vom Stiftungsrat Mitte 2001 erörtert.

Neben der Darstellung inhaltlicher Aspekte wurden in der Studie die Kosten für eine Dauerlösung (auf der Basis des Standorts im östlichen Stülerbau) mit 30 325 000 DM für einmalige Anlaufinvestitionen (einschließlich der Herrichtung des Bauwerks) und 5 285 000 DM laufende jährliche Sach- und Personalkosten geschätzt. Diesem geschätzten jährlichen Bedarf sind für die Bewirtschaftung und die laufende Unterhaltung des Bauwerks weitere Kosten mit jährlich mindestens 600 000 DM hinzuzurechnen.

Der Präsident der Stiftung und der Generaldirektor der Museen erklärten dem Stiftungsrat, dass die Aufbringung dieser Kosten für eine umfassende Lösung aus dem laufenden Haushalt der Stiftung ohne entsprechende Steigerung der Zuschüsse der Unterhaltsträger nicht aufgebracht werden könne. Möglich sei es aber, zur Aufrechterhaltung einer späteren Ausbauoption und zur Intensivierung des Schwerpunkts „Photographie“ in den Staatlichen Museen das in der Nationalgalerie und in der Kunstbibliothek der Staatlichen Museen bereits vorhandene Aufgabengebiet personell und innerhalb des Etats der Museen zu stärken.

Der östliche Stülerbau als Standort für das DCP stehe überdies erst nach der Umsiedlung des jetzt dort untergebrachten Ägyptischen Museums in das wieder aufzubauende Neue Museum auf der Museumsinsel (nach heutigem Planungsstand: 2008/2009) zur Verfügung.

Diesen Überlegungen stimmte der Stiftungsrat zu.

1. War die Bundesregierung als ein Träger der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess über das DCP einbezogen und welche Position vertritt die Bundesregierung?

Der kürzliche Beschluss des Stiftungsrates zum Konzept für das DCP ist mit den Stimmen der Mitglieder des Bundes im Stiftungsrat (Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien und Bundesministerium der Finanzen) zustande gekommen.

Gemeinsam mit den die Stiftung tragenden Ländern bestehen, auch in Abwägung zu anderen vorrangigen und kostenwirksamen, derzeit aus dem Stiftungshaushalt aber nicht finanzierbaren Maßnahmen keine Möglichkeiten für die Erhöhung der Zuschussanteile des Bundes und der Länder in den nächsten Jahren zur umfassenden Umsetzung des Konzepts für das DCP.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des wachsenden Interesses an der Photographie als künstlerisches Medium die Chancen, in Berlin das DCP in der ursprünglich geplanten Form in Zukunft doch noch zu verwirklichen?

Die vom Präsidenten der Stiftung vorgeschlagene einstweilige Schwerpunktbildung im Rahmen bestehender Einrichtungen der Staatlichen Museen und deren personeller und sächlicher Infrastruktur stellt eine Basis sicher, die für einen künftigen Ausbau offen ist.

Allerdings ist bei der absehbaren Entwicklung der finanziellen Möglichkeiten von Bund und Ländern darauf hinzuweisen, dass innerhalb der jährlichen Stiftungshaushalte Mittel für Ankäufe nur in geringem Umfang zur Verfügung

gestellt werden können. Deshalb muss versucht werden, auch für das DCP Drittmittel einzuwerben. Das bestehende (fördernde) Kuratorium DCP wird sich insoweit für fundraising-Initiativen engagieren.

Diese Vorgehensweise sollte es ermöglichen, das DCP im Rahmen realistischer Finanzierungsmöglichkeiten der Unterhaltsträger der Stiftung Preußischer Kulturbesitz organisch weiterzuentwickeln.

In diesem Zusammenhang ist auf die anstehenden Fragen zur Höhe der Zuschussanteile des Bundes und des Landes Berlin zum Bauhaushalt ebenso hinzuweisen, wie auf die Höhe der Zuschussanteile zum Betriebshaushalt des Bundes und der Länder, die sich seit 1997 im Wesentlichen nur mit festen, nicht an einem Ausgabenzuwachs des Stiftungshaushalts teilnehmenden, jährlichen Beiträgen zu den laufenden Ausgaben der Stiftung Preußischer Kulturbesitz beteiligen.

3. Welchen Finanzierungsbedarf hätte nach Ansicht der Bundesregierung eine solche Einrichtung und wie hoch beziffert sie die jährlichen Folgekosten?

In der vom Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz dem Stiftungsrat vorgelegten Konzeptstudie sind auch Aussagen zu den derzeit geschätzten Kosten für eine Dauerlösung enthalten.

Danach ist für einmalige Anlaufinvestitionen mit einem Bedarf von mindestens 30 325 000 DM zu rechnen (einschließlich der Herrichtung des östlichen Stülerbaues). Die laufenden jährlichen Sach- und Personalkosten werden auf 5 285 000 DM geschätzt, die sich noch um die Kosten für die Bewirtschaftung und die laufende Unterhaltung des Bauwerks erhöhen, die mit jährlich mindestens 600 000 DM anzusetzen sind.

Die Angabe der Investitionskosten stammt aus einer Machbarkeitsstudie, die im Jahr 1998 durch einen Architekten kurzfristig aufgestellt wurde. Die – wie auch die Angaben zu den laufenden Kosten – ungeprüften Kostenangaben liegen tendenziell eher an der unteren Grenze eines realistischen Bedarfs. Zur Präzisierung bedürfte es weiterer kostenwirksamer Planungsaufträge.

4. Bestehen nach Erkenntnis der Bundesregierung auch weiterhin die Optionen, Sammlungen erwerben zu können oder dauerhaft in Berlin verfügbar zu haben, die für den Fall der Institutsgründung von den Besitzern in Aussicht gestellt wurden und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Grundsätzlich wird der Erwerb inhaltlich geeigneter Sammlungen und Nachlässe für die Einrichtungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz von den Trägern begrüßt. Ob von entsprechenden Angeboten Gebrauch gemacht werden kann, ist abhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Unterhaltsträger für die jährlichen Stiftungshaushalte. Insbesondere für Erwerbungen der Stiftung können Bund und Länder nicht uneingeschränkt Haushaltsmittel bereitstellen. Deshalb kommt einem deutlichen Engagement nichtstaatlicher Förderer große Bedeutung zu.

Auch die vom Präsidenten der Stiftung verfolgte einstweilige Basislösung für das DCP bietet die Möglichkeit, Privatsammlungen zu akquirieren und der Öffentlichkeit in Ausstellungen zugänglich zu machen. Die beabsichtigten Aktivitäten des DCP an der Nationalgalerie und der Kunstbibliothek der Staatlichen Museen sollen das sichtbar werden lassen.

Große Hoffnungen, dies zu vermitteln, setzt die Stiftung nicht zuletzt in das förderliche Engagement des bereits bestehenden Kuratoriums für das DCP.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung aufgrund der jetzt eingetretenen Situation und vor dem Hintergrund des weiter steigenden Preisniveaus auf dem Kunstmarkt und der internationalen Konkurrenz die Chancen, bedeutende Nachlässe und Sammlungen für Berlin zu erwerben?

Siehe Antwort zu Frage 4.

6. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung in diesem Zusammenhang dem Erwerb photohistorisch bedeutender Sammlungen und Nachlässe vor dem Hintergrund jüngst realisierter (Sammlung Berggruen) und artikulierter (Sammlung Marzona) Erwerbsinteressen des Bundes an Sammlungen aus Privatbesitz bei?

Mit seinem Engagement bei der Finanzierung des Ankaufs der Sammlung Berggruen für die Nationalgalerie der Staatlichen Museen hat der Bund die außerordentliche Bedeutung nachhaltig unter Beweis gestellt, die er dem Erhalt höchstwertiger privater Kunstsammlungen für öffentliche Museen beimisst. Es ist aber unrealistisch anzunehmen, dass der Bund diese exorbitante Ausnahme zur Regelpraxis machen kann. In vergleichbaren Fällen wird es auch des Zusammenwirkens mit anderen öffentlichen und privaten Geldgebern bedürfen, um solche Erwerbungen außerhalb der dafür bei den Museen bereitgestellten Etats zu ermöglichen.

Als weiteres aktuelles Beispiel für die Beteiligung des Bundes beim Erwerb privater Kunstsammlungen ist die Sammlung Marzona zu nennen, die für die Nationalgalerie der Staatlichen Museen erworben werden soll.

7. Welche Rolle sieht die Bundesregierung bei künftigen Erwerbsinteressen für die geplante Nationalstiftung für Kunst und Kultur vor?

Nach der Konzeption des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien vom 6. Juli 2001 zur Errichtung einer gemeinsam von Bund und Ländern getragenen nationalen Kulturstiftung soll deren Zweck unter anderem sein die „Förderung national bedeutsamer Programme und Vorhaben ... des Bewahrens und Vermittelns von Leistungen und Werken der Künste und Kultur in Deutschland“. Hierunter kann grundsätzlich auch die Sicherung und Pflege photohistorisch bedeutender Sammlungen und Nachlässe fallen. Über die konkrete Ausfüllung der Stiftungszwecke wird indes nach der Stiftungserrichtung nicht die Bundesregierung entscheiden, sondern die Stiftung selbst durch ihre hierzu berufenen Stiftungsorgane.

8. Besteht nach Ansicht der Bundesregierung auch weiterhin die Option, den ursprünglich vorgesehenen östlichen Stülerbau als Sitz des DCP zu verwirklichen?

Der östliche Stülerbau steht im Eigentum des Landes Berlin. Er ist seit Jahrzehnten an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mietweise überlassen, die darin das Ägyptische Museum der Staatlichen Museen, mit der weltberühmten Büste der Nofretete eine der meistbesuchten Sammlungen der Stiftung und in Berlin überhaupt, untergebracht hat. Eine Verlegung dieses Museums in sein endgültiges Domizil, das wieder aufzubauende Neue Museum Stülers auf der Museumsinsel, wird nach derzeitigem Planungsstand erst nach dessen Fertigstellung 2008/2009 möglich sein. Interimslösungen wären nur dann in der Öffentlichkeit vertretbar, wenn eine adäquate Lösung für das Ägyptische Museum auf der Museumsinsel möglich wäre; dies ist aus heutiger Sicht nicht der Fall. Im Übrigen müssten die Kosten einer solchen Interimslösung wie auch einer Herrichtung des östlichen

Stülerbaus eingepasst werden in das Gesamtprogramm der Baumaßnahmen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die auf Jahre hinaus aller finanziellen Anstrengungen für die Wiederherrichtung der Museumsinsel und das Haus Unter den Linden der Staatsbibliothek bedürfen.

Das Land Berlin hat frühzeitig im Zusammenhang mit den Erörterungen des Stiftungsrates zum DCP die Bereitschaft erklärt, den östlichen Stülerbau von eigenen Planungen für die Zeit nach der Verlegung des Ägyptischen Museums auf die Museumsinsel freizuhalten und auch die Liegenschaft auf die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu übertragen.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz geht davon aus, dass diese, alleine von Entschlüssen des Landes abhängige Bereitschaft auch für eine zeitlich spätere umfassende Realisierung der Planungen für das DCP fortbesteht.

Zu gegebener Zeit ist zu prüfen, ob und in welchem Umfang Räume im östlichen Stülerbau für Zwecke der Stiftung und insbesondere für das DCP benötigt werden.

